

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Prof. Gerhard Heimann
MdB zur Diskussion, ob
Berlin ein Stadtstaat oder
politisch ein Teil des Um-
landes werden soll: Die un-
sichtbare Mauer.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur
Strategie der Armutsbe-
kämpfung in der Dritten
Welt: Hilfe zur Selbsthilfe
reicht nicht.

Seite 3

Dokumentation:

Der Hamburger Bürgermei-
ster Dr. Henning Voscherau
hielt bei der internationalen
Gedenkveranstaltung der
Amical de Neuengamme in
der KZ-Gedenkstätte
Neuengamme am 5. Mai
eine Rede, die wir in Aus-
zügen wiedergeben.

Seite 5

45. Jahrgang / 95

18. Mai 1990

Die unsichtbare Mauer

Zur Diskussion, ob Berlin ein Stadtstaat oder politisch ein Teil
des Umlandes werden soll

Von Prof. Gerhard Heimann MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsaus-
schuß für Innerdeutsche Beziehungen

Vorsitzender des Fachausschusses I - Berlin, Deutschland, In-
ternationales - beim Landesvorstand der SPD Berlin

Mit der deutschen Einigung kehrt West-Berlin in sein Umland
zurück. Wie jede, auf Dauer lebensfähige große Metropole wird
Berlin durch die vielfältigsten Beziehungen mit seinem Umland
verbunden sein, in ihm ruhen, es verändern und durch es selbst
verändert werden. Damit wird ein Zustand beendet, der an
Anormalität wohl kaum zu übertreffen war und der selbst unter
den Bindungen einer Zweistaatlichkeit so nicht hätte bleiben
können.

Dennoch herrscht nicht bloß Jubel in West-Berlin. Auch hier
zeigt sich, daß der Mensch fähig ist, sich selbst an den anor-
malsten Zustand zu gewöhnen und ihn irgendwann für normal
zu halten, wenn er nur lange genug dauert. Die Stadt hat of-
fenkundig Schwierigkeiten, sich auf einen schwer werdenden
Konkurrenzkampf mit anderen deutschen und europäischen
Metropolen als Teil einer größeren Region einzustellen. In
vielen stillen Winkeln wird der vergehenden „Maueridylle West-
Berlin“ so manche Träne nachgeweint. Zugegeben: der ent-
militarisierte Status Berlins, die erzwungene Konzentrierung
der öffentlichen Mittel auf Kunst und Wissenschaft, vor allem
die Tatsache, daß das Geld fast von selbst aus Bonn kam, haben
eine zwar künstliche, aber intellektuell aufregende Atmosphäre
in der Stadt geschaffen, die wie keine andere bereit war zu
fast allen Experimenten mit vielen alternativen und ökologischen
Nischen. Das alles wird sehr schnell sehr anders werden, und
unsere Kinder werden die Stadt, in der sie groß geworden sind,
verlieren.

Verständlich also, daß sich Widerstand regt, gleich doppelt ver-
einnahmt zu werden: durch das härtere Wirtschaftsklima West-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebsüber Umweltsatz
mit normalem Rohstoff
Recycling-Papier



deutschlands und die trostlose Rückständigkeit Ostdeutschlands. Ich vermute, daß die Auseinandersetzung um den Mercedes-Stern am Potsdamer Platz noch groteske Formen annehmen wird, weil hier nicht für oder gegen eine konkrete Entscheidung, sondern symbolhaft um das künftige Bild Berlins gestritten wird. Viele, zumal junge Menschen in West-Berlin möchten sich in dieser Lage am liebsten einigeln und nach außen nur noch Stacheln zeigen. Wehe der Stadtregierung, die dieses Bedürfnis nicht ernst nimmt, die aber nicht gleichzeitig alles tut, um die innere Verweigerung und Sperre aufzulösen!

Die gegenwärtige Diskussion, ob Berlin ein Stadtstaat für sich bleiben oder politisch wieder ein Teil seines Umlandes, also Brandenburgs, werden soll, hat für mich viel mit der beschriebenen psychologischen Befindlichkeit der West-Berliner zu tun. Sächlich spricht, außen den auslaufenden Modellen wie Berlin-Hilfe und Viermächte-Status, nichts für die Stadtstaatlösung. Stadtstaaten sind spätestens seit der Renaissance ein reiner Anachronismus. Bremen kann nicht leben und nicht sterben. Der einzige Stadtstaat, der wegen seiner Geschichte, seines Hafens und seiner wirtschaftlichen Bedeutung theoretisch vielleicht noch zu rechtfertigen wäre, Hamburg, sieht heute mehr Nachteile als Vorteile und strebt eine staatliche Neugliederung Norddeutschlands an. Jede Stadtstaatlösung bedeutet, daß Räume, die auf das engste miteinander verflochten und aufeinander angewiesen sind, durch eine politisch-administrative Grenze künstlich geteilt werden. Länderübergreifende Regionalplanung durch Zweckverbände und ähnliche Hilfskonstruktionen mag funktionieren, solange nur Wohltaten zu verteilen sind. Sobald aber Schwerpunkte zu setzen, Steuern sachgerecht zu verteilen und Lasten zu tragen sind, wird sie wechselseitig am Egoismus der beteiligten Länder scheitern. Zwischen zwei Bundesländern gibt es keinen Gesetzgeber, der die ungeliebte, aber notwendige Regelung notfalls erzwingen könnte, weil der Bund in der Regel nicht zuständig sein wird. Berlin ist aus bitterer Not und Zwang Stadtstaat geworden, weil es politisch isoliert und abgeschnitten war. Es wäre absurd, wenn es freiwillig Stadtstaat bliebe, nachdem die politischen Restriktionen gefallen sind.

Argumente dieser Art bedeuten politisch allerdings noch nicht viel. Die Geschichte ist angefüllt mit Absurditäten. Gegenwärtig scheinen weder die Berliner noch die Brandenburger die Kraft für eine tragfähige, vernünftige Lösung zu haben. Zukünftig, wenn sie die gegenseitige Abhängigkeit erfahren haben werden, mögen sie die nötige Einsicht haben; aber dann kann es zu spät sein, weil, wie die leidvolle Geschichte der gescheiterten Neugliederungsversuche in der Bundesrepublik zeigt, einmal verfestigte Länderstrukturen kaum noch aufzubrechen sind. Die Kommentare zum Grundgesetz sind sich darüber einig, daß nur 1949 die Chance für eine sinnvolle Neuordnung des Bundesgebietes bestand, aber damals nicht ergriffen werden konnte, weil die Militärgouverneure den entsprechenden Artikel 29 GG, der ursprünglich eine Muß-Vorschrift war, resignierend in eine Kann-Vorschrift geändert. Seither ist er leerlaufend und bedeutungslos.

Gelungen ist die Neugliederung nur im Falle der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, aber nicht aufgrund des Artikel 29 GG, sondern einer Spezialvorschrift im Art. 118 GG. Damit könnte der Weg gewiesen sein, die zu erwartende Entscheidung der Volkskammer über die künftigen Länder der DDR später einer aussichtsreichen Überprüfung zu unterwerfen. Eine entsprechende lex specialis müßte bei den ohnehin im Rahmen des Einigungsprozesses notwendigen Änderungen in das Grundgesetz eingefügt werden. Die gesamte DDR hat so viele Einwohner wie das Land Nordrhein-Westfalen und das Bruttosozialprodukt von Hessen. Wenn daraus fünf Länder entstehen (mit Berlin wären es sechs), wie sollen diese auf Dauer lebensfähig sein?

Die deutsche Einigung wird auch den deutschen Föderalismus und den Länderfinanzausgleich vor eine neue Bewährungsprobe stellen. Die Diskussion hat, wie die Vorschläge des Hamburger Senators Horst Gobrecht zeigen, bereits begonnen.

(-/18.5.1990/va-he/rs)

* * *

Hilfe zur Selbsthilfe reicht nicht

Zur Strategie der Armutsbekämpfung in der Dritten Welt

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nunmehr ist der beinahe interfraktionell entstandene Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP zur Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe am 10. Mai 90 vom Bundestag angenommen worden. Ich hatte dabei die Gelegenheit, im Plenum deutlich zu machen, daß man diesen Antrag nicht derart zu verstehen hat, daß sich Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe nicht allein oder vornehmlich auf den Begriff der „Hilfe zur Selbsthilfe“ reduzieren darf.

Neben der Aktivierung und Reaktivierung der Eigenkräfte ist die Einbindung der Selbsthilfeprozesse in das gesamtgesellschaftliche System breitenwirksam zu gestalten. Organisationen und Institutionen des formalen Sektors wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien, Handwerks- und Handelskammern sowie Einrichtungen des Aus- und Fortbildungssektors müssen bei der Bekämpfung der Armut einbezogen und gestärkt werden. Die Armutsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht auf Organisationen und Initiativen der Selbsthilfe reduziert oder gar abgeschoben werden.

Ein zentraler Aspekt des Antrages, den ich besonders hervorheben möchte, behandelt die Hindernisse, die sich aus den politischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (national und international) ergeben. Dabei wird insbesondere auch auf die Pflichten der Industrienationen hingewiesen, die, wollen sie internationale Solidarität auch beweisen, dafür Sorge tragen müssen, daß die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das heißt die Weltwirtschaftsordnung, derart gestaltet werden, daß sie wirklich gerecht sind. Damit meine ich unter anderem den Abbau von Handelschranken, den Abbau der Diskriminierung von Exporten der Entwicklungsländer, die Entschuldung der Dritte-Welt-Länder und eine Fiskalpolitik, die die Verschuldung schon im Ansatz vermeidet.

Die Zielrichtung des Konzeptes Hilfe zur Selbsthilfe sind die ärmste Bevölkerung, die den größten Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachen. Es ist aber deutlich geworden, daß ebenso die staatlichen

Stellen sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern gefordert sind. In diesem Sinne erfordert ein intensiv zu gestaltender Politikdialog zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Entwicklungsländer die Einsicht darüber herbeizuführen, daß nur eine Verknüpfung der Tätigkeiten der Selbsthilfegruppen mit den staatlichen Maßnahmen eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung garantieren können. Daß dabei auch auf nationaler Ebene entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen sind, die überhaupt die Entfaltung der Kreativität der Mehrheit der Bevölkerung zulassen, versteht sich von selbst und ist im Rahmen des Politikdialogs immer wieder einzufordern.

Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung haben laut Beispielen aus Afrika und Asien etliche positive Folgewirkungen, wenn dies auch nicht völlig unkritisch propagiert werden kann (vgl. Anhörung im AWZ am 20.6.88).

Ein Schlüsselfaktor spielt dabei der informelle Sektor, der durch entsprechende Förderung der produktiven Fähigkeiten der Armen und ihrer Selbstorganisation zu einem festen Bestandteil des allgemeinen Wirtschaftssystems werden soll. Durch diese gezielte Förderung von Trägerstrukturen können bisher zum Beispiel bestehende strukturelle Schwierigkeiten bei der unmittelbaren finanziellen Förderung von Selbsthilfeorganisationen durch externe staatliche Geber beseitigt werden.

Insgesamt eröffnet der gemeinsame Antrag der CDU/CSU, SPD und FDP die vielleicht einmalige Chance selbsthilfeorientierter Armutsbekämpfung, über alle Parteigrenzen hinweg, zu einem wesentlichen Gestaltungsprinzip der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Inwieweit diese Chance genutzt wird, bleibt in der Praxis zu überprüfen. Wenn Skepsis angebracht ist, dann deshalb, weil in der Vergangenheit der Vorwurf, die deutsche Entwicklungspolitik diene in erster Linie deutschen Exportinteressen und Armutsbekämpfung spiele nur eine untergeordnete Rolle, nicht immer überzeugend widerlegt werden konnten.

(-/18.5.1990/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Die Freiheit des Vergessens darf es für Deutsche nicht geben

Der Hamburger Bürgermeister Dr. Henning Voscherau hielt bei der internationalen Gedenkveranstaltung der Amicale Internationale de Neuengamme in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 5. Mai eine Rede, die wir in Auszügen wiedergeben.

Keiner von denen, die damals nicht mit Ihnen hier leben mußten, kann letztlich ermessen, welche eine Reise in altes, nie verjährtes Leid Sie heute erneut auf sich genommen haben. Wir können Sie nur ein Stück auf Ihrem Weg in schmerzliche Erinnerung begleiten.

Im Nach-Fühlen ahnen wir das Übermaß Ihrer Not. Die Erinnerung wird Ihnen immer wieder neu zur Qual - und so scheint mir, daß die Befreiung Anfang Mai vor 45 Jahren Ihnen nur ein Stück Freiheit gebracht hat. Das Wort Befreiung hat eine Schattenseite. Denn es geschah wohl die Befreiung zum Leben, zum Überleben, - befreit von Erinnerungen wurden Sie nicht. Die Freiheit des Vergessens kann es nicht geben, für Sie nicht. Für uns Deutsche aber darf es sie nicht geben. Sie sind heute frei zu leben und doch Gefangene eines scharfen Gedächtnisses und unauslöschlicher Erfahrung. Dieses - Ihr zweites tragisches Schicksal - sollten wir, die Un-Erfahrenen, mit Ihnen zu tragen versuchen.

Diese Erinnerung heißt in aller Härte: Mehr als 100.000 Menschen aus allen Teilen Europas wurden zwischen 1938 und 1945 in dieses Konzentrationslager gezwungen, wurden Qual und Tod ausgesetzt. 55.000 Menschenleben wurden ausgelöscht. Diese Menschen wurden vernichtet durch härteste Arbeit, durch Unterernährung und Kälte. Sie starben an Seuchen und durch medizinische Experimente. Sie wurden hingerichtet. Vielen wurde im Angesicht der Freiheit, auf der Flucht, auf den vermeintlich rettenden Schiffen, das Leben doch noch genommen.

Die das taten, waren Vollstrecker kalter Planung, Menschen verachtend. Sie waren zu Un-Menschen geworden - und sahen doch ihre unschuldigen Opfer als Un-Menschen an.

Wieder und wieder macht uns der Blick in die Abgründe dessen, was Menschen möglich ist, fassungslos. Eine Lehre aber bewirkt Fassungslosigkeit nur, wenn diese nicht anmaßende Selbstsicherheit der Jüngeren, Schein-Sicherheit, auslöst, sondern Selbstzweifel und Demut. Niemand darf sich seit dem 5. Mai 1945 seiner selbst sicher wähnen. Die Lehre muß sein: Nur aus Argwohn gegen sich selbst wächst die eigene Stärke des „Nie wieder“!

Begreifbar werden diese Verbrechen nicht. Opfer und Überlebende, die Sie sind, zwingen uns zum Mitleiden, zum Verstummen, zum Schweigen, wo Worte fehlen. Und zu Fragen an jeden einzelnen von uns: Hätten wir widerstanden? Wären wir als Täter Menschen geblieben? Wie hätten wir überlebt?

Wir müssen uns auch der Frage stellen, wie diese Stadt seitdem mit Ihrem Leid und unserer Schuld umgegangen ist. Haben wir Dunkles heller, Schweres leichter gemacht? Haben wir Ihre Wünsche nach Würdigung und Mitgefühl verständnisvoll entgegengenommen und erfüllt? Die Stunde der Trauer ist für mich auch eine Stunde der Wahrheit.

Wir haben unser Werk nicht gut genug getan, und wir haben bis heute noch nicht die Form gefunden, die dem Leiden und Sterben in Neuengamme und seinen Außenlagern angemessen ist. Deshalb werden wir uns in den nächsten Tagen sorgfältigen Überlegungen über einen anderen, besseren Umgang mit diesem traurigen Ort widmen und, wie ich hoffe, rasch zu Entscheidungen kommen.

Es gibt die Gedenkstätte in Neuengamme, die Bauwerke als steinerne Zeugen. Es gibt die Totenbücher im Dokumentenhaus. Ausstellungen berichten die Geschichte der Opfer und der Täter.

Beispiele von Widerstand und Menschlichkeit leuchten im KZ-Dunkel. Das ist nicht genug - wir wollen, wir müssen mehr tun.

Falsch war es, die Justizvollzugsanstalt Vierlande ausgerechnet auf dem ehemaligen Lagergelände einzurichten. Auch wenn wir Jüngeren mit den Demokraten der ersten Stunde, die selbst zu den Verfolgten gehörten und die aus dem Exil nach Hamburg zurückgekehrt waren, nicht rechten sollen: Ihre Entscheidung darf nicht von Bestand sein. Das gebietet die Achtung vor denen, die gelitten und überlebt haben, und denen, die ermordet wurden. Was falsch war, wollen wir so nennen - und es endlich ändern.

Der Senat wird die Justizvollzugsanstalt verlegen. Das ist keine Wiedergutmachung, denn die gibt es nicht. Es ist das Eingeständnis einer Unzumutbarkeit. Daß die wichtige Aufgabe des Erinnerns und Lernens oft schon eindrucksvoll geleistet wurde, ist den ehrenamtlichen und privaten Initiativen zu danken, allen voran der Amicale Internationale de Neuengamme und der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, auch den Mitarbeitern der Gedenkstätte. Tröstlich und hoffnungsvoll ist der leidenschaftliche Einsatz junger Menschen in internationalen Workcamps.

Gebäude als Mahnstätten, Dokumente als Zeugen: Bücher, die wissend machen; Filme, die Augen öffnen - was könnte je genügen angesichts unermeßlichen Leids? Wir können allenfalls in lernender Anteilnahme und dauerhaftem Interesse Schmerz lindern und mittragen. Wir wollen Erinnerung wachhalten, vor allem über den Tag hinaus, an dem die Betroffenen nicht mehr als Zeugen unter uns sein werden.

Lassen Sie mich einen Gedanken hinzufügen, der unser heutiges Gedenken noch bitterer macht. Der freudige Aufbruch im anderen deutschen Staate ist von Trauer und Schmerz überschattet. Neue Entdeckungen von Massengräbern exhumieren die Ahnung und drängen zur Einsicht, daß nicht jeder Feind des Nationalsozialismus schon deshalb ein Retter, ein besserer Mensch und Bote eines im Kern humanen Gesellschaftssystems war.

In der Geschichte der Bewältigung beginnt ebenfalls ein neues Kapitel. Ist es wieder niemand gewesen? Ist wieder kaum einer auf Seiten der Machthaber und deren Komplizen gewesen? Wagt wieder kein Mitläufer oder Erfüllungsgehilfe ein Schuldbekenntnis? War alles wieder nur das Machwerk weniger? Haben Deutsche wieder von nichts gewußt? Bleibt immer noch das Urteil über die Deutschen gültig, sie seien unfähig zu trauern? Können wir nur, und nach 45 Jahren, auf Schuld, Versagen und Verbrechen mit Verdrängen und Verdecken reagieren?

Deutsche Fragen an uns selbst - Fragen, die wir heute Ihnen, den Opfern des NS-Staates schuldig sind.

Wir brauchen dabei Ihr Vorbild, um standzuhalten und nicht wegzuschauen. Dann könnte es die Hoffnung auf Einsicht geben, daß die Gefahr nicht in den anonymen Ideologien und militärischen Apparaten liegt. Sie verbirgt sich in jedem Einzelnen - und das jeden Tag. „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Diktatur“ sind ewig gültige Ziele - sie haben ihren schlechten Anfang in jedem von uns, wenn er aus Angst und Neid Anders-Sein als Bedrohung wahrnimmt und bekämpft. In Toleranz, noch mehr im Annahmen und Einbeziehen des anderen, liegt unsere Zukunft. Was könnte uns mehr ermutigen, nicht feige und schwach zu sein, als Ihr Schicksal. Seien Sie uns Gewissen und zweifache Mahnung: Leidvolle Vergangenheit, unmenschliche Verbrechen zu erinnern und jetzt, wie auch morgen, wach zu sein gegen Anzeichen neu wachsender Feindseligkeit.

(-/18.5.1990/vo-ha/rs)